

**Berlin**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: (030) 227 74 602

Fax: (030) 227 76 622

E-Mail: [angelika.brunkhorst@bundestag.de](mailto:angelika.brunkhorst@bundestag.de)**Angelika Brunkhorst**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion  
für Naturschutz und Reaktorsicherheit

**Wahlkreis**

Sonnenstraße 1

27793 Wildeshausen

Tel: (04431) 93 17 04

# Rede im Deutschen Bundestag

---

## Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Endlagerprojekt Gorleben)

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede,

Die Opposition macht heute von Ihrem Minderheitenrecht Gebrauch und verlangt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Das ist Ihr gutes Recht. Die FDP-Bundestagsfraktion wird im Untersuchungsausschuss konstruktiv mitarbeiten.

Ich bitte allerdings die Opposition um Wahrhaftigkeit und darum, dass Sie diesen Untersuchungsausschuss nicht als politisches Instrument missbrauchen. Sie sollten bei den Bürgerinnen und Bürgern keine Angst schüren.

Es gibt keine Vorfestlegung auf Gorleben. Im Koalitionsvertrag haben wir uns mit der Union darauf verständigt, das Moratorium

---



Angelika Brunkhorst

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 4. März 2010

---

zur Erkundung des Salzstockes Gorleben unverzüglich aufzuheben, um die Erkundungsarbeiten ergebnisoffen fortzusetzen. Sollte die Erkundung ergeben, dass der Standort nicht geeignet ist, dann wird dort auch kein Endlager gebaut.

Der gesamte Prozess wird öffentlich und transparent gestaltet. Sowohl Bundesumweltminister Röttgen als auch der niedersächsische Umweltminister Sander haben sich diese Woche für eine Einbindung der Bürger in Form einer Begleitgruppe ausgesprochen.

Wir machen uns die Entscheidung nicht leicht. Selbstverständlich kommen auch kritische Stimmen zu Wort. Ich selbst habe den Standort Gorleben bereits mehrfach besucht und mir ein Bild sowohl von den Anlagen über Tage als auch vom Erkundungsbergwerk gemacht. Ich habe mit den Menschen vor Ort inklusive Vertretern von Bürgerinitiativen gesprochen.

In der Sache erheben Sie den Vorwurf, es habe eine rein politische Vorfestlegung auf den Standort Gorleben gegeben. Ich bin mir sicher, dass dieser Vorwurf durch den Ausschuss entkräftet werden wird.



Angelika Brunkhorst

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 4. März 2010

---

Allein im Rahmen des niedersächsischen Auswahlverfahrens, das in vier Phasen abgelaufen ist, wurden 140 Salzstöcke betrachtet. Auch die Öffentlichkeit wurde beteiligt. Es gab 1977 die Gorleben-Kommission und das internationale Gorleben-Hearing im Frühjahr 1979.

In der Begründung zum Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses schreiben Sie, dass Deutschland dringend eine Lösung zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle braucht.

Das stimmt.

Dank SPD und den Grünen haben wir aber seit zehn Jahren Stillstand in der Endlagerfrage. Für Gorleben gilt seit dem sogenannten Atomkonsens ein Erkundungsmoratorium. Weder unter Umweltminister Jürgen Trittin noch unter Umweltminister Sigmar Gabriel gab es Fortschritte.

Die von ihm aufgeworfenen Zweifelsfragen hat Jürgen Trittin nicht zügig abgearbeitet. Minister Trittin hat den Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte eingesetzt. Dieser bekam

---



Angelika Brunkhorst

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 4. März 2010

---

die politische Vorgabe eines Ein-Endlager-Konzepts und hat Empfehlungen erarbeitet, die bis heute in den Regalen des BMU verstauben. So geht es nicht weiter.

Wir dürfen die Endlagerfrage nicht auf die kommenden Generationen abschieben.

In Anlage 4 zum „Atomkonsens“ steht, dass die bisher gewonnenen geologischen Befunde nicht gegen die Eignung des Salzstockes Gorleben sprechen.

Das haben für die damalige Bundesregierung der Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und der Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) unterzeichnet.

Heute befinden sich sowohl SPD als auch die Grünen in der Opposition. Im Antrag werfen sie wieder einmal die Frage auf nach der (Zitat) „seit den 1960er Jahren untersuchte(n) ‚Gorleben-Rinne‘“ (Zitat-Ende), d.h. die Frage nach der Barrierefunktion der Ton-Deckschicht, die über dem Salzstock liegt.

Wenn die Gorleben-Rinne schon so lange betrachtet wird, und



Angelika Brunkhorst

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 4. März 2010

---

für Sie Probleme aufwirft, dann frage ich mich natürlich, warum darüber nichts im Atomkonsens steht.

Nun zum Untersuchungsauftrag an sich: Sie grenzen ihn stark ein, auf die Umstände der Kabinettsentscheidung von 1983. Die Thematik einer Endlagersuche begann aber bereits in den 1970er Jahren. Die Bundesregierung Schmidt akzeptierte damals die Vorauswahl des Standorts Gorleben am 5. Juli 1977.

Das Interesse der Menschen an einer lückenlosen Aufklärung aller Umstände, die damals zur Gorleben-Entscheidung geführt haben, ist selbstverständlich und legitim. Die FDP ist deshalb zuversichtlich, dass die Opposition nichts dagegen hat, auch die Zeit vor 1983, als die SPD den Bundeskanzler stellte, näher zu beleuchten. Und wir werden auch großen Wert darauf legen, welche Rolle die Entscheidungen von Umweltminister Trittin unter einem SPD-Bundeskanzler und Gabriel als einem SPD-Umweltminister in späteren Legislaturperioden gespielt haben.



Angelika Brunkhorst

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 4. März 2010

---

Anrede,

der Deutsche Bundestag hat die **Pflicht**, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, wenn dies von einer qualifizierten Minderheit verlangt wird. Das machen wir.

Die Deutsche Bevölkerung hat aber ein **Recht** darauf, dass es in der Endlagerfrage vorangeht. Deshalb wird das Gorleben-Moratorium beendet und weiter erkundet, damit wir zu einer definitiven Aussage über die Eignung des Standorts kommen. Internationale Experten werden begleitend prüfen, ob Gorleben den neuesten internationalen Standards genügt. Der gesamte Prozess wird öffentlich und transparent gestaltet werden.

Lassen Sie mich abschließend aber noch einmal eines festhalten: Was mir persönlich und der FDP in dieser Bundesregierung besonders am Herzen liegt, ist vor allem eine Beantwortung der letzten Frage, die Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in Ihrem Einsetzungsantrag stellen. Nämlich die Frage, wie es denn steht, um die „Zukunft des Standorts Gorleben und die künftige Suche nach einem geeigneten Endlager für hochradioaktive Abfälle, insbesondere unter Berücksichti-

---



Angelika Brunkhorst

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 4. März 2010

---

gung des internationalen Stands von Wissenschaft und Technik“.

Dass diese Frage sich heute, im Jahr 2010, immer noch stellt, dass wir noch keinen Schritt weiter sind, das verdanken die Menschen in unserem Land, Ihnen, meine verehrten Damen und Herren von der SPD und den Grünen. Niemand anders als Sie bzw. die von Ihnen getragenen Umweltminister Trittin und Gabriel haben 10 Jahre lang verhindert, dass diese Frage beantwortet wird.

Ohne Ihr verantwortungsloses „Moratorium“ würden wir die Antwort heute schon kennen. Der SPD und den Grünen verdanken die Menschen in dieser Frage vor allem eines: 10 Jahre vergeudete Zeit.

Gut, dass damit nun endlich Schluss ist!